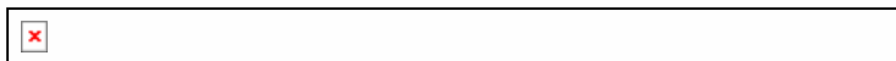


Regionalnachrichten



"Zahlungen hätten keine Rechtsgrundlage"

Liste Selzen will sich in Sachen Windkraft nicht als Einnahmeverhinderer darstellen lassen

Vom 31.12.2005

red. SELZEN Zu den jüngsten Haushaltsberatungen im Gemeinderat meldet sich die Liste Selzen noch einmal zu Wort. Wiederholt sei von der Verwaltung, vor allem von Ortsbürgermeisterin Anita Wiedemann (SPD) behauptet worden, dass Ratsmitglieder im Zusammenhang mit der Aufstellung der Windkraftanlage Zahlungen an die Gemeinde verhindert hätten, die im Rahmenvertrag von 2002 zugunsten der Gemeinde vereinbart worden seien. Deshalb würden Gelder für weitere Projekte der Gemeinde fehlen.

"Diese Aussage ist falsch", erklärt Fraktionschef Ingo Kunz. Er gehe davon aus, dass Ortsbürgermeisterin und Verwaltung bereits vor der Bürgerversammlung am 30. Mai 2005 wussten, dass in dem Rahmenvertrag enthaltene Einmalzahlungen strafrechtliche Bereiche wie Bestechung und Vorteilsnahme berührten, zumal es für die Zahlungen keine Rechtsgrundlage gebe.

Wiedemann müsse auch bekannt gewesen sein, dass ein für die Bürgerversammlung eingeladenes Fachmann aus einem anderen Landkreis von Amtes wegen gezwungen gewesen wäre, der Staatsanwaltschaft die Zahlungsvereinbarung zu melden, würde sie nicht umgehend aufgehoben. Dass der Fachmann möglicherweise vor diesem Hintergrund seine Zusage widerrief, an der Versammlung teilzunehmen, wäre in der Sache nahe liegend.

Ebenfalls noch vor der Bürgerversammlung sei der Eilentscheid ergangen, den Rahmenvertrag im Hinblick auf sämtliche Zahlungen im gegenseitigen Benehmen der Vertragsparteien aufzuheben. Kunz meint hierzu: "Somit waren die rechtlich nicht zulässigen Zahlungen aus dem Vertrag eliminiert, aus dem die Gemeinde daher auch keine Zahlungen erhalten kann." Der Wegfall sei also in keiner Weise der Aktivität von Ratsmitgliedern zuzuschreiben.

Im Gegenteil seien es Ratsmitglieder gewesen, die im Dezember 2002 der Vorlage für einen Rahmenvertrag mehrheitlich ihre Stimme gaben. "Insbesondere die Eilentscheidung der Ortsbürgermeisterin zur Aufhebung der Zahlungsvereinbarungen beruhte auf keiner Initiative von Ratsmitgliedern, die sogar Probleme hatten, den Text des geänderten Rahmenvertrages zu erhalten."

Kunz weist zudem darauf hin, dass mit der damals erwarteten Entschädigungszahlung von 90000 Euro für drei Windräder der freie Platz zu einem Platz der Begegnung umgestaltet werden sollte. Das Planungsbüro Hendel sei beauftragt worden, hierzu Entwürfe zu erstellen. Die 90000 Euro seien ausgeblieben, dafür habe die Gemeinde 4500 Euro an das Planungsbüro gezahlt.